

Potsdam, 18.01.2018

Pressemitteilung

Kralinski auf den „Medientagen Mitteldeutschland“

Meinungsvielfalt durch Medienvielfalt sichern

Der für Medienfragen zuständige Chef der Staatskanzlei, Thomas Kralinski, hat sich dafür stark gemacht, die Medienvielfalt in Deutschland zu verteidigen. „Meinungsvielfalt setzt Medienvielfalt voraus“, sagte der Staatssekretär heute auf den „Medientagen Mitteldeutschland“ in Berlin.

Kralinski sieht in Blogs und Streaming-Angeboten im Netz große Chancen für mehr Medienvielfalt und einen **Gewinn an Meinungsvielfalt**. Allerdings setze das auch Qualität und journalistische Arbeit voraus. Diese könne nur gewahrt werden, wenn sich dies wirtschaftlich rechnet. Auf der anderen Seite gerieten insbesondere kleinere, regionale und lokale Medien in Ostdeutschland **finanziell verstärkt unter Druck**. Dies gehe zulasten der Qualität von Berichterstattung.

Kralinski: „Wenn Medienhäuser aus finanziellen Gründen ihre Berichterstattung eindampfen und meinen, mit weniger Journalisten auskommen zu können, sinkt die Bereitschaft der Kunden beispielsweise zum Zeitungskauf – egal ob Print oder online. Das wiederum führt zu weiteren Einbußen. Ich sage ganz deutlich: Das ist ein **gefährlicher Teufelskreis!** Er bedroht den gesellschaftlichen Diskurs, die Meinungsvielfalt und am Ende die Demokratie. Wir sind an einem Punkt, an dem ich nicht mehr glaube, dass es der Markt alleine richten kann.“

Er begrüßte deshalb den Brandenburger Landtagsbeschluss, wonach mit Mitteln aus dem **Rundfunkbeitrag auch freie, private lokale und regionale Sender unterstützt** werden können. Dies sollte insbesondere denjenigen Medien helfen, die den Medienwandel annehmen und sich crossmedial aufstellen.

Nach Überzeugung des Staatssekretärs muss in der Gesellschaft neben dem ideellen auch der materielle Wert von Journalismus wieder stärker geschätzt werden. Kralinski: „Verantwortungsvolle Recherche braucht Zeit und qualifizierte Journalisten. Das muss die Gesellschaft wieder respektieren lernen. Es muss nicht nur der Wert des gesellschaftlichen Diskurses verteidigt, sondern es muss auch **der materielle Wert des journalistischen Produkts** ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt werden. Das bedeutet am Ende nichts anderes, als dass für eine Zeitung, einen Onlinebeitrag oder eine aufwändige Recherche - wo auch immer veröffentlicht – auch bezahlt werden muss.“

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56

(03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16

Internet: www.brandenburg.de

presseamt@stk.brandenburg.de